




Aktuelles aus dem Landtag

Oktober 2013

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Leserinnen und Leser,

neben dem politischen Alltag konnten wir in diesen Tagen ein besonderes Jubiläum feiern: 25 Jahre Landtag am Rhein. Am 2. Oktober 1988 wurde der neue Landtag am Rhein feierlich eröffnet. Das Landtagsgebäude ist durch seine originelle Architektur zum Symbol für die parlamentarische Demokratie in NRW geworden. Durch seine Offenheit und Transparenz bringt es den Respekt gegenüber dem Bürgerinnen und Bürger zum Ausdruck: Es ist ein Haus für 18 Millionen Nordrhein-Westfalen.

Landtagspräsidentin Carina Gödecke, blickte in ihrer Rede zum Jubiläum auf ein Vierteljahrhundert parlamentarische Arbeit zurück. Sie erinnerte an harte politische Auseinandersetzungen, aber auch an die einmütige Abwehr von Ausländerfeindlichkeit, Intoleranz und Rassismus.

Auch in Zukunft wird der Landtag ganz Gewiss mit Leidenschaft, mit Verantwortungsgefühl und mit Augenmaß an die Arbeit gehen - und natürlich auch mit Freude am Gestalten. Mehr... 

Viele Grüße

Thomas Kutschaty

Über 10.000 Selbstanzeigen wegen Steuerhinterziehung

Bei der Finanzverwaltung NRW sind im September insgesamt 601 Selbstanzeigen von Bürgerinnen und Bürgern mit Bezug zur Schweiz eingegangen. Dies ist der höchste Zuwachs innerhalb eines Monats seit Mai 2010. Damit steigt die Zahl der Eingaben von Schwarzgeldbesitzern auf 10.545 seit Februar 2010. Die Zahlen zeigen, dass es richtig ist, den Druck auf Steuerhinterzieher aufrecht zu erhalten. Wir werden weiterhin alle Möglichkeiten nutzen, um Schwarzgeldbesitz aufzudecken. Aber wir wollen auch genauso konsequent gegen Steuerschlupflöcher im In- und Ausland vorgehen. Dazu brauchen wir einen internationalen Informationsaustausch, der seinen Namen wirklich verdient.



NRW: Land der fairen Arbeit

Die Initiative „Faire Arbeit – Fairer Wettbewerb“ hat sich zum Ziel gesetzt, prekäre Beschäftigungsverhältnisse einzudämmen. Niedrige Löhne, Minijobs und Leiharbeit sind für die nächsten fünf Jahre Kernthemen der Initiative. NRW ist ein wirtschaftlich starkes Land und in unserem Land gibt es viele gute Beispiele für faire Beschäftigungsverhältnisse: Die meisten Betriebe in NRW behandeln ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fair und zeigen, dass faire Arbeit Erfolg und Zukunftsfähigkeit verspricht. Ziel der Initiative ist es, NRW zum Land der fairen Arbeit zu machen und die vielen positiven Beispiele und Vorbilder fairer Arbeit zu verbreiten. Denn NRW ist auch das Land der Mitbestimmung und des Einsatzes für faire Arbeit. An diese Tradition möchten wir anknüpfen. Mehr... 

Bodewig präsentiert Ergebnisse

Ob Straße, Schiene oder Wasser: Die Verkehrswege sind marode, die öffentlichen Kassen klamm. Ein Konzept, wie die Infrastruktur dennoch nachhaltig zu finanzieren bleibt, hat Ex-Bundesminister Kurt Bodewig im NRW-Verkehrsausschuss vorgestellt. Die Milliarden schweren Vorschläge sind Ergebnis monatelanger Arbeit einer nach ihm benannten länderübergreifenden Expertenkommission. Bereits in der vergangenen Woche hatte die Verkehrsministerkonferenz einstimmig für das Konzept votiert.

Rund 7,2 Mrd. Euro fehlen laut Bodewig bundesweit jährlich insbesondere für den Erhalt und Betrieb der bestehenden Infrastruktur. Als Prinzip des vorgelegten Konzepts nannte er im Ausschuss deshalb "Erhalt vor Neubau". Ziel sei zudem, die Sanierungsmittel in Zukunft losgelöst von Haushaltsjahren und damit planbar einzusetzen, wo sie tatsächlich gebraucht würden. Dies sei ein "grundlegender Reformprozess", so Bodewig.

Finanzieren will das Gremium den Sanierungstau in mehreren Stufen. Über die kommenden 15 Jahre soll der Bund in seinem Haushalt jährlich 2,7 Mrd. Euro als Sondervermögen anlegen, insgesamt rund 40 Mrd. Euro. Darüber hinaus schlägt die Kommission unter anderem vor, die Lkw-Maut auf alle Bundesstraßen auszuweiten, was 2,3 Mrd. Euro einspiele. Zusätzlich Maut-Optionen für weitere Straßen- und Fahrzeugtypen seien denkbar.

Angeklickt

Bürgerservice
der Justiz NRW 



Landtag intern 



Arbeitnehmermitbestimmung gerettet

Thomas Kutschaty zeigt sich erleichtert, dass der Deutsche Bundesrat in der letzten Sitzung das im Juni vom Deutschen Bundestag beschlossene Gesetz zur Neuregelung der Managergehälter gestoppt hat. Der Gesetzentwurf sah vor, dass nicht mehr der Aufsichtsrat eines Unternehmens über die Bezüge des Vorstands entscheiden sollte, sondern die Hauptversammlung. "In der Hauptversammlung sitzen häufig Fondsmanager und Vertreter anderer Unternehmen. Die haben kein Interesse, die Managerbezüge zu deckeln. Im Gegenteil. Da wäscht eine Hand die andere! Die Bundesregierung wollte also den Bock zum Gärtner machen. Darüber hinaus sitzen in den großen Aufsichtsräten immer Arbeitnehmervertreter, in der Hauptversammlung nicht. Hier wollte die Bundesregierung wieder einmal die Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer zusammenstreichen." Die führenden Wirtschaftsverbände, Aktionärsschützer und Gewerkschaften haben den Gesetzentwurf bereits im Vorfeld deutlich kritisiert. Als zentraler Mangel ist vor allem beanstandet worden, dass keine Höchstgrenze für Managergehälter eingezogen werden sollte. "Dieser Entwurf war der Versuch, über die Eier einiger weniger das Deckmäntelchen der Legitimation zu legen. Ich bin richtig froh, dass die Bundesregierung mit diesem Versuch gescheitert ist!"

Solidarität mit verschuldeten Städten und Gemeinden in NRW: Landesregierung hält Kurs auf dem Weg zur Konsolidierung der Kommunalfinanzen

Mit dem Stärkungspakt bekommen verschuldete Kommunen eine Perspektive. Eine wichtige Grundlage für die konkrete Unterstützung ist die zweite Modellrechnung, die die aktuellen Steuereinnahmen vom 1. Oktober 2012 bis 30. September 2013 berücksichtigt. Aufgrund der neuen Zahlen werden 59 besonders finanzstarke, so genannte abundante Kommunen zur Solidaritätsumlage herangezogen. Mit der Umlage werden 27 finanzschwache Kommunen im Stärkungspakt Stadtfinanzen gezielt unterstützt, darunter auch Essen.

Die 59 Gemeinden müssen 2014 insgesamt 181,6 Mio. Euro aufbringen. Anspruch der Landesregierung ist, dass der Beitrag leistbar sein muss. Deshalb wird vorausgesetzt, dass die Steuerkraft der herangezogenen Kommunen nicht nur im aktuellen Haushaltsjahr den Finanzbedarf übersteigt, sondern die Kommune auch in den vier Vorjahren mindestens zweimal abundant war - also drei Mal in den letzten fünf Jahren.

Nur wenn Land und Kommunen an einem Strang

ziehen, haben hoch belastete Städte und Gemeinden wieder die Chance, zu einer selbstbestimmten Haushaltspolitik zurückzukommen. Über die Solidaritätsumlage der besonders steuerstarken Kommunen werden 22 Prozent der im Stärkungspakt als Konsolidierungshilfe bereitgestellten Mittel finanziert. Von den geplanten Gesamtkosten des Stärkungspakts Stadtfinanzen trägt das Land mit 3,5 Mrd. Euro den Löwenanteil. Damit geht das Land an die Grenzen seiner finanziellen Belastbarkeit.

Insgesamt hat die Landesregierung für die Kommunen mit den Haushalten 2010 bis 2013 rund 2,5 Milliarden Euro zusätzlich bereitgestellt. Darüber hinaus erhalten die Kommunen aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) 2014 die Rekordsumme von 9,4 Mrd. Euro. Das ist nach der zweiten Modellrechnung, die jetzt für jede Kommune in NRW vorliegt, ein Anstieg um über neun Prozent gegenüber dem Vorjahr. Das sind rund 86 Mio. Euro mehr als bisher vorgesehen.

Land entlastet Kommunen um 145 Millionen Euro

Die Städte und Gemeinden in NRW erhalten im nächsten Jahr voraussichtlich rund 145 Mio. Euro zusätzlich vom Land. Möglich wird dies durch die Neuberechnung der Einheitslasten. Die nunmehr veröffentlichten Zahlen sind noch vorläufig, weil der Landtag zunächst einer Gesetzesänderung zustimmen muss. Dieses Jahr werden die Kommunen bei der Abrechnung der Jahre 2007 bis 2011 um rund 275 Mio. Euro entlastet. Für das Jahr 2012 erstattet das Land 2014 netto rund 145 Mio. Euro. Auch in den Folgejahren wird das Land den Kommunen in NRW voraussichtlich zwischen rund 130 und 155 Mio. Euro pro Jahr erstatten.

Im Juni dieses Jahres haben sich Land und kommunale Spitzenverbände bei der Abrechnung der bislang streitigen Kosten der Deutschen Einheit geeinigt. Bei der Neuregelung war der Landesregierung der Dialog mit den kommunalen Spitzenverbänden wichtig. Die bisherige Regelung der schwarz-gelben Vorgängerregierung war durch den Verfassungsgerichtshof für verfassungswidrig und nichtig erklärt worden.